

5. Ökologisch verantwortbare Gewächshäuser

Postulat Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), Barbara Schaffner (GLP, Oteltingen) vom 21. Januar 2019

KR-Nr. 24/2019, Entgegennahme als Postulat

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Der Erstunterzeichner ist mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Beat Huber und Martin Farner stellen Antrag auf Ablehnung des Postulats.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Ich vertrete Thomas Wirth, der die Sitzung wegen anderer Verpflichtungen hat verlassen müssen.

Mit diesem Vorstoss wollen wir Schein und Sein besser in Einklang bringen. Der Schein ist, dass die inländische landwirtschaftliche Produktion in jedem Fall ökologisch besser sei als die ausländische Produktion. Die heutige Realität, das heutige Sein, ist, dass das nicht in jedem Fall stimmt. Gewächshäuser, die mit fossiler Energie betrieben sind, liefern teilweise Früchte und Gemüse mit einer schlechteren Öko-Bilanz als importierte Produkte. Die neue Realität soll sein, dass inländische Tomaten und anderes jedenfalls von der Öko-Bilanz her tatsächlich grundsätzlich besser als ausländische Tomaten sind. Das erreichen wir, indem wir aufhören, die Gewächshäuser mit fossiler Energie zu betreiben. Die Motion respektive neu das Postulat verlangt genau das. Das Postulat kann möglicherweise mit dem Energiegesetz umgesetzt werden; die Ansätze dafür sind in der regierungsrätlichen Vorlage vorhanden. Heute wollen wir aber den Auftrag geben, dass das dann auch tatsächlich so passiert. Deshalb überweist die Klima-Allianz dieses Postulat.

Beat Huber (SVP, Buchs): Meine Interessenbindung: Ich bin Gemüseproduzent und Vorstandmitglied des Zürcher Gemüseproduzentenverbandes und des Zürcher Bauernverbandes.

Die Motion, die in ein Postulat umgewandelt wurde, will den CO₂-Ausstoss beim Heizen von Gewächshäusern durch ein Verbot von fossilen Brennstoffen in den nächsten zehn Jahren verbieten. Wieder ein gut gemeinter Vorstoss, der bei genauer Betrachtungsweise kontraproduktiv ist. Diejenigen Gewächshausproduzenten, die die Möglichkeit haben, mit Abwärme von Kehrrechtverbrennungsanlagen oder Abwasserreinigungsanlagen ihre Gewächshäuser zu heizen, machen dies bereits freiwillig oder sind aufgrund des Druckes des Marktes am Prüfen oder Umsetzen solcher Heizsysteme. Ebenfalls ist der Gemüsebau der Pionier weltweit, der zusammen mit der Firma «climeworks» – ein ETH-Spinoff – eine CO₂-Anlage in Hinwil in Betrieb nahm, die CO₂ der Luft entzieht und den Pflanzen im angrenzenden Gewächshaus zuführt, um den Pflanzenwachstum zu unterstützen. In der Klimapolitik sollten wir das tun, was möglich ist und Sinn macht, aber keine kontraproduktiven Marketing-Vorstösse unterstützen.

Die Schweiz hat sich zum Pariser Abkommen committet, und das wird auch nicht bestritten. Der Weg zur Dekarbonisierung ist lang und soll nicht mit kontraproduktiven Verboten und Regulierungen zementiert werden. In dieser Debatte sollen nun neue Forderungen geschaffen werden, die realitätsfremd sind und in politische Angelegenheiten hineingreifen, bei denen es klar um nationale Gesetze geht. Es kann nicht sein, dass das Zürcher Parlament Gesetze verabschiedet, die gegen die Interessen der Zürcher Bevölkerung und der Zürcher KMU gehen. Es darf nicht sein, dass eine angeblich unternehmerfreundliche Partei wie die GLP, die von der Corona-Krise (*Covid-19-Pandemie*) stark geschwächte Blumenbranche mit solchen zusätzlichen Kosten in den Ruin treibt und böswillig Arbeitsplätze vernichtet. Mit diesem Vorstoss wird die regionale Zürcher Nahrungsmittel- und Blumenproduktion geschwächt und in die Nachbarkantone und Nachbarländer verlagert. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine angeblich ökologisch motivierte Gesetzesänderung die Umwelt mit zusätzlichen Transportwegen und dementsprechend mehr CO₂ belastet und die regionale Produktion erschwert. Das ist kein vernünftiger Umweltschutz.

Schweizweit haben 421 Betriebsstätten mit Gewächshäusern für Gemüse, Blumen und Pflanzen eine beachtliche CO₂-Reduktion gemacht und so rund 14 Millionen Franken weniger für Energie ausgegeben; das sind 140 Millionen Kilowattstunden. Der grösste Teil dieses Geldes wird dazu benutzt, um in neue Technologien und Innovationen wie zum Beispiel Energieschirme, Belüftungs- und Heizsysteme zu investieren. Von den schweizweit 421 sind im Kanton Zürich über 70 Betriebsstätte in demselben System der Zielvereinbarungen eingebunden. Dabei hat die Gewächshausbranche 2019 mit Massnahmenwirkung über 3000 Tonnen CO₂ reduziert und die Energieeffizienz auf knapp 118 Prozent gesteigert. Das ist aktive, verantwortungsbewusste und wirtschaftsfreundliche Klimapolitik, und nicht einfach eine Marketing-Massnahme von wirtschaftsfeindlichen Klima-Lobbyisten.

Die SVP-Fraktion lehnt dieses kontraproduktive Postulat ab, seien Sie umweltfreundlich und tun sie Gleiches. Besten Dank.

Martin Farner-Brandenberger (SVP, Stammheim): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Präsident des schweizerischen Agrarhandelsverbandes für Früchte Gemüse und Kartoffeln «Swisscofel», selber Bio-Produzent und Verwaltungsrat im grössten Gemüsebaubetrieb im Kanton Zürich.

Das Anliegen der GLP, den fossilen Energieverbrauch in den Schweizer Gewächshäusern stark zu reduzieren, wird von der Branche geteilt – Sie haben es von meinem Vorredner gehört – und von den Kunden gefordert. Eine 100-prozentige Abdeckung inklusive der Spitzenlast durch erneuerbare Energien ist jedoch weder sinnvoll noch wirtschaftlich realistisch. Es müssen für die Produzenten schweizweit die gleichen Bedingungen gelten; es kann nicht sein, dass nachher das Gemüse von Genf nach Zürich gekarrt wird, weil der Kantönligeist ungleichlange Spiesse vor allem auch bei den Preisen produziert. Vor allem kleinere Betriebe – ich denke da vor allem auch an die Direktvermarktung – könnten sich

eine solche Herausforderungen finanziell schlicht nicht leisten, weil die Investitionen in keinem Verhältnis stehen zu ihren Gewächshausflächen. Das würde der agrarpolitischen Zielsetzung – die Stärkung von Familienbetrieben, Selbstversorgungsgrad, regionale Wertschöpfung – zuwiderlaufen. Während die Grundlast in Gewächshäusern 70 bis 80 Prozent des Energiebedarfs sinnvollerweise mit CO₂-neutraler Energie abgedeckt werden kann, ist für die Spitzenlast – starker Schneefall, Verhinderung des Einsturzes, Minustemperaturen – ein zweites Heizsystem unverzichtbar. Ein CO₂-neutrales System für Spitzenlasten, das nur während wenigen Wochen im Jahr gebraucht wird, ist aktuell wirtschaftlich nicht sinnvoll. Das bestätigen auch in Sachen Nachhaltigkeit engagierte Energie-Berater. Mit kommenden und bereits bestehenden Vorgaben liegen schon genügend und griffige Rahmenbedingungen vor für eine künftige CO₂-neutrale Produktion von Schweizer oder Zürcher Gemüse.

National ist bei Neubauten von beheizten Gewächshäusern die Empfehlung der Konferenz kantonaler Energiefachstellen einzuhalten. Dies ist nur möglich mit nachhaltigen Investitionen in die Isolation der Gebäudehülle, Energieschirme, Doppelverglasung et cetera. Die Vorgaben des kantonalen Richtplanes verlangen bereits heute, dass nur mit erneuerbarer Energie gebaut werden kann. Das geht auch aus einer Antwort des Regierungsrates hervor, Gewächshäuser grundsätzlich mit einem Heizsystem mit erneuerbaren Energien auszurüsten, ist auch eine Vorgabe von Bio Suisse (*Verband für biologische Landwirtschaft*), aber mit einer längeren Übergangsfrist bis ins Jahr 2039. Dynamik in der Sache kommt auch vom Markt. Da soll sie auch herkommen. So hat die Migros (*Schweizer Detailhandelskonzern*) am 25. Januar 2019 die Schweizer Produzenten von Früchten und Gemüse aufgefordert, bis ins 2025 ihre Gewächshäuser CO₂-neutral zu beheizen. Und auch der Verband der Schweizer Gemüseproduzenten hat in seiner Energie-Strategie festgelegt, dass die Gewächshäuser bis 2030 nur noch CO₂-neutral beheizt werden sollen.

Es ist also unschwer zu erkennen: In diesem dynamischen Umfeld geht in Bezug auf Energie, Ökologie und Ressourcen einiges. Da braucht es keine weiteren Gesetzgebungen im Kanton Zürich. Dazu brauchen wir keine neuen Vorgaben. Ich bin überzeugt, dass der Markt das selber regeln wird. Aus diesem Grund bitten wir Sie ebenfalls, das Postulat abzulehnen. Dankeschön.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Ich habe noch einen etwas anderen Ansatz zu diesem jetzigen Postulat: Rund fünf Prozent aller Bauernbetriebe in der Schweiz produzieren Gemüse für unseren Markt. Das sind über 410'000 Tonnen in 100 verschiedenen Sorten. Der hohe Konkurrenzdruck von billigerem Gemüse aus dem Ausland, die klimabedingten Ernteausfälle und das Konsumverhalten von Herrn und Frau Schweizer, die am liebsten nur noch schönes und glänzendes Gemüse und schöne und glänzende Früchte essen mögen, haben die Gewächshausproduktion hierzulande innert zehn Jahren auf 30 Prozent ansteigen lassen.

Derzeit gedeihen auf rund 450 Hektaren Gemüse in Gewächshäusern. So wurden zum Beispiel in Birmensdorf 2018 13 Hektaren Landwirtschaftsland, eine Fläche so gross wie 18 Fussballfelder, für Gewächshäuser umgezont. Im Kanton Bern

wollte man sogar 110 Hektaren Landwirtschaftsland, also Kulturland, in Glasflächen umwandeln. Das kam dann aber wegen des Widerstands in der Bevölkerung nicht durch.

Die allermeisten Produktionen werden aber mit fossiler Energie beheizt und schneiden daher in der Öko-Bilanz massiv schlechter ab als zum Beispiel das Importgemüse aus Almeria, Südspanien oder Marokko. Nur gerade ein Drittel aller Gewächshäuser nützt die Abwärme aus der Industrie. Dabei hätten wir alleine mit den 29 KVA (*Kehrichtverbrennungsanlagen*) und etlichen Holzheizkraftwerken genügend nachhaltige Möglichkeiten für die Wärmenutzung. Lieber Beat Huber, Freiwilligkeit reicht bei Weitem nicht. Meiner Meinung nach müsste das Postulat sogar noch einen Schritt weitergehen und zusätzlich einen längst überfälligen Pausus im Gesetz einfordern, welcher verlangt, dass die steigende Gemüseproduktion in Gewächshäusern in die Industriezone gehört. Glashäuser mit Betonböden haben eigentlich in der Landwirtschaftszone nichts mehr zu suchen. Und zweitens können Synergien in Form von Abwärme anderer Produktionsstätten genutzt werden. Das ist nachhaltige Gemüseproduktion. Nur so geht es.

Die Grüne Partei und die CSP unterstützen dieses Postulat der GLP. Eine Forderung, die mittlerweile auch seitens der Grossverteiler unterstützt wird, wie Sie vorhin gehört haben. Ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiger Produktion. Danke.

Konrad Langhart (parteilos, Stammheim): Liebes Präsidium, ich hätte es vorgezogen, wenn wir auch bei diesem Geschäft – wie so üblich – die Überlegung der Regierung gekannt hätten. Nichtsdestotrotz: Das Anliegen der GLP, den fossilen Energieverbrauch in den Schweizer Gewächshäusern zu unterbinden und durch erneuerbare zu ersetzen, wird von der Branche – das haben wir bereits gehört – geteilt. Aber es muss wirklich – und auch das haben wir schon gehört – eine schweizerische Lösung her. Es müssen für alle Produzenten die gleichen Bedingungen gelten. Es kann nicht sein, dass nachher das Gemüse aus anderen Kantonen nach Zürich gekarrt wird, weil der Kantönligeist gleich lange Spiesse produziert. Während eine Grundlast in den Gewächshäusern – auch dieses Argument haben wir schon gehört – den normalen Bedarf durch CO₂-neutrale Energie abgedeckt werden kann, braucht es bei Spitzenlast, bei Minustemperaturen heute leider immer noch einen gewissen Anteil an fossilen Brennstoffen. Der Trend geht ja dahin, dass die Gewächshäuser in Zukunft CO₂-neutral beheizt werden. Wir haben auch verschiedene Vorgaben, die nationalen – auch das haben wir schon gehört. Doch ich komme am Schluss nicht zum selben Fazit. Auch meine bäuerliche Interessenvertretung, die Bio Suisse, verlangt ja von deren Produzenten, dass ihre Gewächshäuser mit klimaneutralen Brennstoffen geheizt werden. Und der Markt, die Migros, die verlangt ja schon in fünf Jahren die Heizung mit klimaneutralen Brennstoffen. Also, fünf Jahre bevor diese Übergangsfrist abgelaufen ist.

Wir sind überzeugt, es braucht keine kantonale Regelung, die in der kleinen Schweiz sehr stark marktverzehrend wäre. Und, wie gesagt, alle Bestrebungen laufen bereits in die von den Motionären oder jetzt eben von den Postulanten geforderten Richtung. Wir hätten die Motion abgelehnt. Der Umwandlung in ein

Postulat wird die CVP jetzt aber zustimmen, da ja das Anliegen grundsätzlich berechtigt ist. Im Bericht der Regierung, der sicher noch kommen wird, werden unsere Überlegungen enthalten sein. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Gleich zu Beginn muss ich zugeben: Ich habe absolut keine Ahnung von Gewächshäusern und hatte daher anfangs Mühe mit dem Titel dieser Motion. Ahnung genug hat mein SVP-Kollege Beat Huber; er hat bereits seine Meinung dargelegt. Als ich dann den Inhalt der Motion, jetzt Postulat, gelesen habe, wurde mir schnell klar, wenn wir hier zustimmen, erreichen wir etwas, was wir überhaupt nicht wollen: Mehr Verbote, mehr Bürokratie, weniger Freiheit für die Produzenten. Auf der anderen Seite teurere Produkte für die Konsumente, und dies ohne Wahlfreiheit. Der regionale Gemüseanbau im Kanton Zürich wäre massiv benachteiligt gegenüber anderen Kantonen und hätte darunter zu leiden. Nein, liebe Grüne diverser Parteien, die Wirtschaft, hier ein Teil der Landwirtschaft, braucht keine neuen Verbote, keine neuen Vorschriften, möglichst wenig Einmischung vom Staat; dies war bereits vor Corona so und jetzt umso wichtiger.

Bitte reden Sie auch einmal mit den betroffenen Personen und Verbänden aus der Wirtschaft, und nicht nur mit den Lobbyisten der erneuerbaren Energien. Ich machte dies beispielsweise am letzten Dienstag, wo ich zwei Stunden lang live Wirtschaftsvertretern zuhörte, wie die gesamte Wirtschaft – mehr oder weniger alle – leidet und es bald massive Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt haben wird. Eine Hauptforderung der Wirtschaft schon früher und jetzt noch mehr stand im Vordergrund: Endlich die Bürokratie runterzufahren, damit sich die Wirtschaft schnell und unbürokratisch wieder entwickeln kann. Und da komme ich zum Anfang meines Referates: Auch eine Motion mit dem harmlosen Titel «ökologisch verantwortbare Gewächshäuser» kann genau das Gegenteil von dem wollen, was ich, die SVP und die Wirtschaft wollen: Weniger Bürokratie und weniger Verbote. Sagen Sie Nein dazu. Danke.

Regierungsrat Martin Neukom: Die Motion verlangt, dass Gewächshäuser nur noch mit erneuerbarer Energie beheizt werden dürfen. Ich denke, der Weg dahin ist nicht so weit. Anfang Januar – und das wurde auch schon zitiert – hat die Migros eine Pressemitteilung verschickt. Da steht: «Die Migros bietet künftig nur noch Schweizer Gemüse und Früchte an, die aus erneuerbar beheizten Gewächshäusern stammen.» Das mit einer Übergangsfrist von fünf Jahren. Wir sehen, die Richtung, in welche sich das Thema entwickelt, ist klar. Auch bei Gewächshäusern wird eine Netto-Null-Forderung umgesetzt werden, das heisst, auch Gewächshäuser werden früher oder später nur noch mit erneuerbarer Energie beheizt. Die Forderung des Postulats ist zum Teil bereits in den MuKEen enthalten, das heisst, bei Neubauten wäre es auch so, dass der MuKEen-Teil der Neubauten ebenfalls für Gewächshäuser gilt; sie müssten ebenfalls CO₂-frei sein. Bei den Umbauten ist eine Übergangsfrist von zehn Jahren vorgesehen in dieser Motion. Ich denke, das ist machbar. Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich die Stossrichtung dieses Vorstosses. Es sind aber noch einige Abklärungen nötig. Das werden

wir gerne im Rahmen eines Postulats tun. Deshalb ist der Regierungsrat gerne bereit, diese Motion als Postulat entgegenzunehmen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 98 : 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 24/2019 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.